

## Substanzielles Protokoll 95. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 14.15 Uhr bis 16.35 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Bruno Sidler (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |  |     |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen   |     |
| 2. | <a href="#">2004/442</a> | * Weisung vom 07.12.2011:<br>Motion von Gregor Bucher (Grüne), vertreten durch Dr. Ueli Nagel (Grüne), betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz, Verzicht auf Umsetzung und Antrag auf Abschreibung | VGU |
| 3. | <a href="#">2011/440</a> | * Weisung vom 30.11.2011:<br>Elektrizitätswerk, Beteiligung am Projekt «Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1» der Kraftwerke Oberhasli AG   | VIB |
| 4. | <a href="#">2011/441</a> | * Weisung vom 30.11.2011:<br>Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2012 bis 2015  | VS  |
| 8. | <a href="#">2011/345</a> | Weisung vom 21.09.2011:<br>Voranschlag (Budget) 2012   | FV  |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

2088. 2011/472

**Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom 07.12.2011:  
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen Strom-  
einsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012**

*Bernhard Piller (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Motion sollte zeitgleich mit der Tarifierungsanpassung des ewz (2011/77) behandelt werden. Die Motion ist an die Dispoanträge gekoppelt, die im Zusammenhang mit der Tarifierungsanpassung gestellt wurden. Eine gleichzeitige Behandlung ist deshalb logisch und wichtig.*

Der Rat wird über den Antrag am 21. Dezember 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2089. 2011/473

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011:  
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Stromspartarifen im  
Rahmen der nächsten Tarifierung**

*Bernhard Piller (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Aus den oben genannten Gründen sollte auch diese Motion zeitgleich mit der Tarifierungsanpassung des ewz behandelt werden.*

Der Rat wird über den Antrag am 21. Dezember 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2090. 2011/474

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011:  
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender Anteil aus erneuerbarer  
Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten**

*Bernhard Piller (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Für diese Motion gilt dasselbe wie für die Motionen 2011/472 und 2011/473.*

Der Rat wird über den Antrag am 21. Dezember 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

## G e s c h ä f t e

2091. 2004/442

**Weisung vom 07.12.2011:**

**Motion von Gregor Bucher (Grüne), vertreten durch Dr. Ueli Nagel (Grüne), betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz, Verzicht auf Umsetzung und Antrag auf Abschreibung**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 12. Dezember 2011

2092. 2011/440

**Weisung vom 30.11.2011:**

**Elektrizitätswerk, Beteiligung am Projekt «Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1» der Kraftwerke Oberhasli AG**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 12. Dezember 2011

2093. 2011/441

**Weisung vom 30.11.2011:**

**Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2012 bis 2015**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 12. Dezember 2011

2094. 2011/345

**Weisung vom 21.09.2011:**

**Voranschlag (Budget) 2012**

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 21.09.2011
- Produktgruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 21.09.2011
- Novemberbrief vom 9. November 2011
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 05.12.2011
- Anträge der RPK vom 05.12.2011, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern (Nachversand vom 12.12.2011) und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

*Namens der RPK nimmt der Präsident **Dr. Urs Egger (FDP)** Stellung: Die RPK hat den Entwurf des Stadtrats zum Budget 2012 geprüft. Sie konnte aufgrund des Revisionsberichts feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von 6,6 Mio. Franken vor. Dieser ergibt sich aus einem Aufwand von 8,384 Mrd. Franken und Erträgen von 8,39 Mrd. Franken. Gegenüber dem Budget 2011 steigt der Gesamtaufwand um 463 Mio. Franken, was vor allem durch höhere Steuereinnahmen ausgeglichen wird. Wenn das im Budget 2011 zugrunde gelegte Eigenkapital von 721 Mio. Franken angenommen wird, kann unter Verrechnung der aktivierten Schuld gegenüber der städtischen Pensionskasse per 31.12.2012 mit einem Eigenkapital von rund 350 Mio. Franken gerechnet werden. Der budgetierte Personalaufwand 2012 steigt gegenüber dem Budget 2011 um 171 Mio. Franken an. Dieser Betrag kommt durch eine markante Steigerung der Personalstellenwerte und Lohnerhöhungen sowie durch die von einer Mehrheit des Gemeinderats bewilligten höheren Aufwendun-*

gen für die Pensionskasse zustande. Auch der Sachaufwand steigt mit 1,792 Mrd. Franken gegenüber dem Budget 2011 um 19,1 Mio. Franken. Die Investitionen liegen allerdings tiefer als im Budget 2011. Der Selbstfinanzierungsgrad von 54,5 Prozent steigt zwar gegenüber dem Vorjahr wieder an, ist aber noch deutlich vom langjährig angestrebten Niveau entfernt. Eine Minderheit der RPK betrachtet den Selbstfinanzierungsgrad, der zu einem grossen Teil durch Abschreibungen erzielt wird, als ein gewisses Risiko, weil die Innenfinanzierung durch Abschreibung mit Unwägbarkeiten verbunden ist. Zu den Sonderfaktoren: Durch die Neuorganisation des kantonalen Finanzausgleichs und der Spitalfinanzierung treten neue Effekte auf, die vor allem im Gesundheitssektor nur schwer voraussehbar sind. Die Berechnungen von Regierungsrat und Stadtrat zu den daraus resultierenden Einsparungen gehen dabei um rund 40 Mio. Franken auseinander. Hier könnten in der Rechnung 2012 noch Überraschungen auftreten. Aufgrund der Einsparungen in diesem Bereich hält eine Minderheit der RPK eine Steuerfussenkung von 1 Prozent für möglich. Mit dem Abschluss der Pilotphase der Dienstabteilungen mit Globalbudget fliessen der Stadtkasse durch die Auflösung der WOV-Reserven einmalig 19 Mio. Franken zu. Die RPK ist bei der Beurteilung der geplanten Investitionen und den nicht aufgenommenen Investitionen an Grenzen gestossen und hat daher den Stadtrat eingeladen, die Investitionsstrategie mit den Mittelfristperspektiven vorzustellen. Die RPK beantragt die Behandlung des vorliegenden Voranschlags 2012 mit den eingereichten Änderungsanträgen. Den Anträgen des Stadtrats zur Genehmigung des Budgets der PWG, der Festlegung des Steuerfusses bei 119 Prozent, der Kenntnisnahme des Globalbudgets der AOZ und der Zustimmung zum Budget der Stiftung «Wohnungen für kinderreiche Familien» wird mehrheitlich zugestimmt. Eine Minderheit der RPK lehnt das Budget ab. Die RPK dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für die Beantwortung der zahlreichen Rückfragen zum Budget 2012 innert kurzer Frist und für die generell gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der RPK für die gute Zusammenarbeit sowie beim Sekretariat für den enormen Einsatz.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2095 – 2101)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2095. 2011/485**  
**Erklärung der SP-Fraktion vom 14.12.2011:**  
**Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Gestaltungsspielraum nutzen

Das dem Gemeinderat vorliegende Budget 2012 der Stadt Zürich prognostiziert ein Plus von 6,4 Millionen Franken. Dieses erfreuliche Ergebnis wurde durch Budgetdisziplin (sowohl in der Laufenden Rechnung als auch bei den Investitionen) und weiterhin hohen Steuererträgen ermöglicht. Das Eigenkapital bleibt mit 726,4 Millionen Franken hoch und erlaubt es unserer Stadt, die vom Finanzvorstand angekündigten mageren Jahre gut durchzustehen. Personal- wie auch Sachaufwand steigen weiterhin leicht an. Der geplante Stellenzuwachs ist jedoch in den meisten Fällen auf politische Entscheide zurückzuführen.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf gut 924 Millionen Franken und liegen damit zwischen dem Wert von 2011 und dem Durchschnittsziel von 850 Millionen Franken. Das wirtschaftliche Umfeld präsentiert sich unsicher; umso wichtiger ist eine antizyklische Investitionspolitik, die Gewerbe und KMU Aufträge verschafft. Im Sinne einer Verstetigung auf hohem Niveau sind die Prioritäten richtig zu setzen: So besteht insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich hoher Investitionsbedarf.

Die Steuererträge sowohl der juristischen als auch der natürlichen Personen steigen weiter, auch wenn die diesbezüglichen Prognosen mit Vorsicht zu geniessen sind. Die andauernden Steuerausfälle der Grossban-

ken zeigen, dass die Diversifizierung der städtischen Wirtschaft weiterhin oben auf der politischen Traktandenliste stehen muss. Der neue Finanzausgleich bringt der Stadt Zürich verdiente Mehreinnahmen zur Abgeltung von Zentrumslasten. Gleichzeitig führt die neue Spital- und Pflegefinanzierung zu einer massiven Kostenüberwälzung auf die Stadt. Deren genaues Ausmass ist heute noch nicht im Detail erkennbar. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen im Gesundheitsbereich sind die entsprechenden Sparanträge der Bürgerlichen entschieden abzulehnen. Angesichts der Finanzmisere und der notorischen Fehlbudgetierungen bei Kanton und Bund kritisiert die SP deren Beschlüsse, immer mehr Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen, aufs Schärfste.

Es fällt auf, dass die Ausgaben für Zusatzleistungen zu AHV und IV erneut erhöht werden müssen. Diese Erhöhung ist neben der zunehmenden Pflegebedürftigkeit vor allem auf steigende Wohnzuschüsse aufgrund hoher Mietpreise zurückzuführen. Die SP betont: Es kann und darf nicht sein, dass die Stadt über solche Zuschüsse die Exzesse des privaten Immobilienmarktes mitfinanziert. Das klare Resultat der Abstimmung über den Wohnbauartikel am 27. November zeigt, dass dies die Meinung der grossen Mehrheit der Stadtzürcher Bevölkerung ist. Entsprechend will die SP die Abschreibungsbeiträge für die Stiftung PWG wieder auf 3 Millionen Franken aufstocken, um den Erwerb von preisgünstigem Wohn- und Gewerberäumen zu fördern.

Nach den einschneidenden Kürzungen im Budget 2011 freut sich die SP, dass das Personal 2012 nicht leer ausgeht: Der Teuerungsausgleich ist budgetiert, dazu kommen die Lohnmassnahmen und eine verdiente Realloohnerhöhung. Ebenso begrüssen wir, dass die Gelder für die Entwicklungshilfe nach der Kürzung von 2011 wieder auf die Summe von 2,5 Millionen Franken aufgestockt worden sind. Um dem Volksentscheid von 1972 Nachachtung zu verschaffen und den Ärmsten vor Ort wirksam zu helfen, beantragt die SP, diesen Betrag um eine Million Franken aufzustocken. Weitere Schwerpunkte der SP liegen im Umwelt- und Verkehrsbereich: So beantragen wir zusätzliche Gelder für Velowegprojekte und unterstützen Anträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften. Auch im Schul- und Sozialbereich wollen wir wichtige Akzente setzen: Dazu gehört die Schaffung von fünf dringend notwendigen Stellen in der Schulsozialarbeit ebenso wie die Realisierung des Krippenneubaus im Kinderhaus Entlisberg. Im Gegenzug unterstützen wir eine Reihe von Sparanträgen in der Verwaltung, die uns sinnvoll erscheinen. Damit lenken wir knappe Ressourcen gezielt in zentrale Handlungsfelder – Wohnbau, Soziales, Bildung, Verkehr und Umwelt: Für einen gut funktionierenden Service public im Interesse der ganzen Stadtbevölkerung.

**2096. 2011/478**  
**Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.12.2011:**  
**Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2012 der Stadt Zürich - Auf dem Weg zu den Schuldengenossern

Die schwarze Null! Fast könnte man meinen, der rot-grün-blaurotgrüne Stadtrat mit Finanzvorstand Vollenwyder an der Spitze, träume seit dessen Amtsantritt gemeinsam keinen anderen Traum. Immerhin ist dieses Ziel so recht gut gewählt, wäre doch der Begriff „Rote Null“ noch wesentlich symbolhafter für die Zürcher Regierung.

In den 10 Jahren zwischen 2003 und bis und mit Budget 2012, in welchen die linke Mehrheit über Zürich thront, konnten tendenziell stets steigende Steuereinnahmen registriert werden. Eine Auswirkung der starken Konjunktur und insbesondere des bis zur Ära Calmy-Rey/Widmer-Schlumpf noch starken Finanzplatzes.

Alle verantwortlichen Politiker dieser Stadt wissen hoffentlich wie abhängig Zürich vom Finanzplatz war und ist und wie stark gerade diese Industrie die Errungenschaften, oder sagen wir lieber die Ausgabeneuphorie von Verwaltung und Politik, der letzten Jahre erst ermöglicht haben.

Trotz dieser Steuerhochkonjunktur schaffte der Stadtrat ein regelrechtes Kunststück: 5x schwarze Null, 2x tiefrot, 3x Schaffung von Eigenkapital.

Noch viel erstaunlicher, ja geradezu beängstigend wirkt allerdings die Tatsache, dass es in dieser konjunkturell guten Zeit nicht gelungen ist, Schulden abzubauen.

Betrag die Nettoschuld 2003 noch 1.78 Milliarden Franken sind es 2012 bereits 4.39 Milliarden – sage und schreibe eine Steigerung um 146%.

Rot-Grün wird diese Entwicklung lapidar übergehen und von Sondereffekten sprechen oder davon, dass die Stadt dafür in der ganzen Welt gülden glänzt. Sie vergessen dabei bewusst den beängstigenden - aber durchaus realistischen - Ausblick des Finanzvorstandes für die Jahre 2012 – 2015. Da schlägt der stadträtliche Schuldenteufel mit unverminderter Kraft zu, ja setzt sogar noch einen drauf. Die Bruttoschulden steigen demnach auf über 10 Milliarden Franken an, netto (man darf und muss sich allerdings fragen, ob Rot-Grün je bereit wäre Schulden mit Verkäufen aus dem Finanzvermögen auch in Cash und nicht nur virtuell zu

decken) sollen es dann schon 5.2 Milliarden sein. Jeder der dann rund 400'000 Einwohner steht 2015 also mit über 25'000 Franken bei der Stadt in der Kreide. Früher gab es für Neugeborene ein Sparheftli, heute überreicht Stadtpräsidentin Mauch zur Begrüssung der neuen Erdenbürger das Schuldenbuch.

Es macht ganz den Anschein, dass die vereinigte Linke völlig unbeirrt auf den Spuren ihrer sozialistischen Schuldengenossen in Europa marschiert.

Diese ignorante Finanzpolitik ist nicht nur dort, sie ist besonders für die wirtschaftlich wichtigste Stadt der Schweiz mittel- und langfristig fatal.

Genau vor diesem Hintergrund ist das Budget 2012 reine Augenwischerei.

Die Gesamtausgaben steigen erneut massiv stärker als das BIP. 2012 werden 479 Millionen Franken oder geschlagene 6% mehr ausgegeben als 2010. Seit 2003 beträgt das Ausgabenwachstum sogar schier unglaubliche 2 Milliarden Franken. Kein Wunder liegt doch alleine der jährliche Personalaufwand mittlerweile um 800 Millionen höher als 2003. Nicht einmal mehr Finanzvorstand Vollenwyder weiss, wo und weshalb der Personalbestand stetig steigt.

Gleichzeitig fühlt sich der Stadtrat zusammen mit den Roten und Grünen aus allen Parteien wohl jeden Tag auf dem Christkindmarkt. Jeder Wunsch wird sich selbst erfüllt, Geld spielt keine Rolle. Da schreckt man weder von nachweisbar zu teuren Bauten zurück noch vor Halbwahrheiten wie sie im Rahmen der Abstimmung zum Glasfasernetz erfolgt sind. Das von der Gegnerschaft damals prognostizierte Multimillionengrab wird immer mehr Wirklichkeit. Von den 6% Jahresrendite bleibt nichts mehr übrig – im Gegenteil: Nachschuss ist gefordert.

Da fühlt man sich doch irgendwie wie ein Lehman-Opfer. Aber hier wie dort zahlen die Kleinsparer die Rechnung, nicht aber die Verantwortlichen.

Die SVP lässt sich vor diesem Hintergrund durch das vorgelegte Budget nicht täuschen, umsomehr als deutlich wird, dass seit Jahren der Saldo zwischen Entnahmen aus der Selbstfinanzierung gegenüber den entsprechenden Einlagen immer grösser wird. Ein Schelm ist, wer Böses denkt!

Der wirtschaftlich harten Zeit, die vor uns steht, muss konsequent und zum Wohle des einfachen Steuerzahlers, der Bevölkerung, und unserer Jugend begegnet werden.

Die SVP hat sich deshalb die Kritik des Stadtrates und der linken Parteien der letzten Jahre zu Herzen genommen und das Budget 2012 akribisch auf Einsparungsmöglichkeiten zum einen und auf Steuererleichterungen zum anderen geprüft.

Mit den eingebrachten Vorschlägen, bei welchen nirgends Pflichtleistungen der Stadt tangiert werden, könnte die Laufende Rechnung um 159 Millionen Franken entlastet, die Steuern um 5% gesenkt und erst noch die Schulden um 130 Millionen Franken vermindert werden.

Gemessen an den Gesamtausgaben von 8.4 Milliarden kann dabei niemand ernsthaft behaupten wollen, dass damit die Stadt kaputt gespart werde.

Im Gegenteil: die SVP Finanzpolitik ist angesichts der weltweiten Schuldenkrise moderner denn je, denn wer aus der Vergangenheit nichts lernt ist in der Zukunft nichts wert!

## 2097. 2011/486

### **Erklärung der FDP-Fraktion vom 14.12.2011: Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichene Budgetierung als Eckwert für gesunde Finanzen der Stadt

Die FDP begrüsst, dass der Stadtrat für 2012 ein ausgeglichenes Budget präsentiert. Dies ist das eigentliche Ergebnis umsichtiger freisinniger Politik des Finanzvorstands und unserer Fraktion. Die Budgetdebatte 2011 zeigt nun Wirkung. Der Gesamtstadtrat ist sich offenkundig bewusst, dass in Zeiten einer anhaltenden globalen wirtschaftlichen Instabilität ein Staatshaushalt ausgeglichen sein muss. Nur dies verhindert, dass neue Schulden aufgebaut werden, welche letztlich die Rechnung und damit die Steuerzahlenden sowie den kleinen Mann über Gebühr belasten.

Gerade im Hinblick auf die unsichere Weltwirtschaftslage und die negativen Beispiele einer unverantwortbaren Finanzpolitik in der Eurozone ist an dieser Stelle zur Vorsicht zu mahnen. Der ausgeglichene Voranschlag darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass innerhalb der Verwaltung 2012 ein markantes Stellen- und Ausgabenwachstum von CHF 463 Mio. stattfinden wird. Dass trotzdem ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden konnte, ist den rekordhoch veranschlagten Einnahmen von CHF 8.4 Mrd. zu verdanken. Einnahmen, die nur möglich sind, weil die Stadt Zürich ein attraktiver Standort ist und steuerkräftige Privatpersonen anzieht. Die immer noch erheblichen Steuerausfälle bei den juristischen Personen können so ausgeglichen werden. Dies lässt zwei Feststellungen zu, welche dringend zu beherzigen sind:

1. Der Standortqualität ist Sorge zu tragen!

Eine gesunde soziale Durchmischung ist weiterhin anzustreben, so dass alle sozialen Schichten in der Stadt Zürich ein zu Hause finden. Exzesse im gemeinnützigen Wohnungsbau sind daher zu vermeiden. Insbesondere darf der private Wohnungsbau nicht verhindert werden. Das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre wurde wesentlich durch die Zuwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte ermöglicht. Dies darf weder durch Kündigung der bilateralen Verträge noch durch sozialromantische Behinderungen privater wirtschaftlicher Tätigkeit gefährdet werden.

2. Das Eigenkapital muss auf einem stabilen Niveau bleiben und wieder aufgebaut werden!

Die Einnahmen werden aller Voraussicht nach in den folgenden Jahren auf diesem hohen Niveau stagnieren oder gar zurückgehen. Ein weiteres Ausgabenwachstum ist unverantwortbar. Das mühsam ersparte Eigenkapital wird sonst wie der Schnee in der Frühlingssonne weg schmelzen. Die finanzpolitische Stabilität, ein wichtiger Standortfaktor, wäre nachhaltig gefährdet.

Ausgehend von diesen Feststellungen muss auch für die kommenden Jahre ein ausgeglichenes Budget die finanzpolitische Richtschnur sein. Angesichts der erwarteten konjunkturellen Verschlechterung ist es sinnvoll, das Eigenkapital weiter zu erhöhen. Finanzpolitisch unverantwortlichen Entwicklungen muss Einhalt geboten werden. Die FDP hat in diesem Sinne den vorliegenden Voranschlag im Detail geprüft und Kürzungsanträge gestellt. Sie ist überzeugt, dass die Ausgabenreduktionen des Budgets 2011 in vielen Bereichen weiterhin umgesetzt werden muss. So kann der Aufwand bei der Personalwerbung, den Dienstleistungen Dritter und den Temporären Aktionen in der Öffentlichkeit erheblich reduziert werden. Dem Personal sollen nach den Einschränkungen 2011 für gute Leistungen wieder entsprechende Entschädigungen zufließen. Die FDP ist für eine marktgerechte Entlohnung und stellt sich klar hinter das städtische Personal. Bei der Stadtpolizei macht ein Stellenwachstum in diesem Jahr durchaus Sinn, da die Sicherheit ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung und der FDP darstellt. Ein weiteres Stellenwachstum wird die FDP kritisch begleiten und den jeweiligen Umständen, welche zu einem Anwachsen von Stellenwerten führen, grosse Beachtung schenken. Energieeffiziente Lösungen im Baubereich sind der FDP ebenfalls ein zentrales Anliegen, wie sie mit der erfolgreichen Einreichung einer kantonalen Initiative zur Begünstigung von Rahmenbedingungen zur energetischen Sanierung gezeigt hat. Wir sind jedoch klar der Meinung, dass solche Lösungen durch Private umgesetzt werden müssen. Die FDP stellt sich gegen die Verschlechterung des Budgets in den entsprechenden Konten. Der Abbau bürokratischer Hindernisse hat eine grössere Umweltwirkung.

Die FDP wird dem Voranschlag 2012 zustimmen, sofern er nach der Budgetdebatte weiterhin ausgeglichen bleibt. Mit unseren Kürzungsanträgen streben wir eine Verbesserung der schwarzen Null von 6,6 Mio. Franken auf 17 Mio. Franken an, um das Eigenkapital zu erhöhen. Auch richten sich die Vorstösse der FDP anlässlich dieser Budgetdebatte, aber auch in den Debatten während dem Jahr, konsequent gegen übertriebene Bürokratie und einen weiteren Ausbau von nicht unbedingt notwendigen Dienstleistungen aus staatlicher Hand. Die FDP zählt dabei auf die Mitarbeit von Parteien, welche eine nachhaltige Finanzierung der Stadt Zürich sicherstellen wollen. Mittelfristig soll das Eigenkapital wieder erhöht werden, damit die Stadtzürcher Steuerzahlenden gegenüber dem kantonalen Durchschnitt nicht mehr durch einen höheren Steuerfuss benachteiligt werden. Kurzfristig bleibt das Ziel, den Steuerfuss dank ausgeglichenem Budget auf einem stabilen Niveau zu halten.

**2098. 2011/487**

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 14.12.2011:  
Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2012 – konstruktive Zusammenarbeit ist wieder möglich

Heute, am Freitag, am Samstag und vielleicht noch mal am kommenden Mittwoch wird der Gemeinderat das Budget 2012 behandeln. Über 350 Anträge müssen durchgeackert werden. Diese uns bevorstehende Mammutdebatte bedeutet einen enormen Aufwand und eine Diskussion darüber, ob wir in Zukunft so weiter machen wollen und können, ist durchaus angebracht. Es kann nicht geleugnet werden, dass die parlamentarischen Rechte soweit strapaziert werden, dass wir Gefahr laufen, uns selber lahm zu legen.

Doch nun zu den positiven Aspekten: im Gegensatz zur Budgetdebatte vom letzten Dezember haben dieses Jahr alle Parteien das Budget genau angeschaut und ihre Vorstellungen in Form von Anträgen eingebracht. Es wurde im Vorfeld viel gearbeitet, diskutiert und eine konstruktive Zusammenarbeit war wieder möglich. Das freut die GRÜNEN und wir werden daher mithelfen, alle Anträge mit dem nötigen Respekt zu behandeln.

Die GRÜNEN sind mit dem vorliegenden ausgeglichenen Voranschlag zufrieden. Wir sind aber der Meinung, dass in den kommenden Jahren Stadtrat und Gemeinderat ihr Augenmerk auf die Investitionen für

Grossprojekte richten und notwendige von wünschbaren Ausgaben unterscheiden müssen. Der Neubau eines Kongresshauses gehört für die GRÜNEN eher zur zweiten Kategorie.

Die Verwaltung wächst im Gleichschritt mit der Zunahme der Bevölkerung. Mehr Personal für die Polizei, im Stadtspital Triemli, in den Pflegeheimen, in den Schulen, für die Kinderbetreuung, bei der VBZ und dem ewz. Die Schaffung der Stellen in diesen Bereichen ist notwendig und bekommt unsere Unterstützung. Doch gleichzeitig erwarten wir, dass die Aufgaben, die Strukturen und die Abläufe in der Verwaltung immer wieder hinterfragt und überprüft werden und dementsprechend Massnahmen ergriffen werden. Daher ist es für uns verantwortbar, vier Kommunikationsstellen zu streichen.

Die GRÜNEN haben dieses Jahr wiederum Anträge gestellt, bei welchen die ökologische und soziale Nachhaltigkeit im Zentrum steht:

- Mehr Geld für ökologische Sanierungen von Liegenschaften, denn wir nehmen den Auftrag der städtischen StimmbürgerInnen ernst und wollen die Umsetzung einer 2000-Watt-Gesellschaft bis ins Jahr 2050 heute schon angehen.
- Mehr Geld für den Ausbau von Velowegen, denn die Stadt Zürich hat hier noch einiges Potenzial und das Velofahren muss gefördert werden. Sichere und schnelle Velowege sind in der Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis. Hier wollen wir vorwärts machen.
- Weniger Geld für Parkplätze, denn ein sorgsamer Umgang mit unseren finanziellen Mitteln lässt es nicht zu, dass für die Umnutzung eines einzigen Parkplatzes in der Garage Hardau 30'000 Franken investiert werden.
- Weniger Geld für die Schwarzräumung der Strassen im Winter und weniger Geld für Laubbläser, denn Salz ist Gift für unsere Bäume und sie verlieren umso früher ihre Blätter – die dann wieder mit lauten, lästigen und die Luft verpestenden Laubbläsern aufgewirbelt und zusammengepustet werden: ein unnötiger Unsinn.

Die GRÜNEN werden zudem alle Anträge, welche für ein besseres und gerechteres Zusammenleben aller Bevölkerungsschichten in dieser Stadt gestellt wurden, unterstützen. Den Abbau von sozialen Leistungen hingegen werden wir selbstverständlich zu verhindern versuchen.

Die GRÜNEN waren und sind durchaus bereit, das Ziel eines ausgeglichen Budgets zu unterstützen. Daher werden wir bei gewissen moderaten Pauschalkürzungen mitmachen. Denn unser Verständnis eines gesunden Funktionierens der Stadt Zürich beinhaltet auch deren finanzielle Gesundheit.

In diesem Sinne hoffen wir auf ein ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltiges Budget 2012 für die Stadt Zürich und ihre Bevölkerung.

## **2099. 2011/488 Erklärung der GLP-Fraktion vom 14.12.2011: Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der GLP-Fraktion verliest Gian von Planta (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, Ausgabenwachstum kontrollieren

Das ausgeglichene Budget 2012 ist grundsätzlich erfreulich, auch wenn die mittelfristigen Prognosen noch immer nicht besonders rosig sind. Immerhin eröffnet der Voranschlag 2012 Gestaltungsspielräume, welche die GLP im Rahmen der anstehenden Debatte nutzen möchte.

Das Gute vorweg: Der Stadtrat budgetiert für das kommende Jahr eine schwarze Null. Im Gegensatz zum letzten Jahr macht er dies freiwillig, und ohne dass ein drastisches Einschreiten seitens des Gemeinderats notwendig gewesen wäre. Zum gleichen Zeitpunkt vor einem Jahr prognostizierte der städtische Finanzplan per Ende 2012 noch einen Bilanzfehlbetrag in der Höhe von 124 Millionen Franken. Gemäss dem aktuellen Budget rechnet die Stadt für diesen Zeitpunkt nun mit einem Eigenkapital von gut 700 Millionen. Eine Differenz von über 800 Millionen Franken. Die grünliberale Fraktion ist über die steile Lernkurve der städtischen Exekutive und den Erhalt des städtischen Eigenkapitals erfreut. Und allen Unkenrufen zum Trotz steht die Stadt noch immer – das ist erfreulich, aber nicht überraschend.

Das ausgeglichene Budget gibt uns im Gegensatz zum vergangenen Jahr einen wesentlich grösseren Handlungsspielraum. Diesen Spielraum möchten wir nutzen, um Akzente zu setzen, und den Saldo zu verbessern. In Bereichen wie Velowege oder ökologische Sanierungen von Liegenschaften möchten wir das Tempo wieder erhöhen. Beides sind Anliegen, die vom Souverän unterstützt werden, und die wir mit voller Überzeugung mittragen. Etwas geringer ist unsere Euphorie für das verstärkte Engagement der Stadt in Sachen Wohnungspolitik, aber auch hier hat die Stimmbewölkerung ein klares Zeichen gesetzt.

Trotz des bisher Gesagten herrscht in der grünliberalen Fraktion nicht nur eitel Freude. Besorgt müssen wir feststellen, dass auch im kommenden Jahr die Aufwendungen substanziell ansteigen und die Investitionen weiter über dem gewünschten rollenden Durchschnitt von 850 Millionen verharren. Wir haben deshalb



Sparanträge in der Höhe von über 30 Millionen Franken eingereicht und werden auch diverse Anträge von anderen Parteien für Einsparungen unterstützen.

Es freut uns, dass so mancher unserer Sparvorschläge heute und in den kommenden Tagen Mehrheiten erreichen dürfte. Leider nicht alle. Natürlich hätten wir da und dort gerne noch etwas mehr gespart, aber im Sinne einer konstruktiven Politik und angesichts der Kräfteverhältnisse im Parlament und der Wankelmütigkeit einiger Mitteparteien war es für uns wichtiger wenigstens gewisse Einsparungen machen zu können als flächendeckend chancenlose Sparanträge für die Galerie respektive für die politische Positionierung zu produzieren.

Dem Stadtrat ist zu Gute zu halten, dass die mittelfristige Planung im momentanen Umfeld schwierig ist. Die wirtschaftliche Grosswetterlage ist noch immer wechselhaft bis düster und zusätzliche Aufgaben, wie sie etwa aus der Umsetzung des Volksschulgesetzes oder einem erhöhten Pflegebedarf erwachsen, sowie veränderte Finanzierungsflüsse, beispielsweise die neue Pflege- und Spitalfinanzierung oder der neue Finanzausgleich, erschweren die Prognosen. Die Grünliberalen sind zufrieden, dass wir mit einem ausgeglichenen Budget auf dem richtigen Weg sind. Wenn wir in Zukunft auch das Ausgabenwachstum in den Griff kriegen, können wir den wechselhaft bis düsteren Aussichten einigermaßen zuversichtlich entgegen schauen.

**2100. 2011/489**  
**Erklärung der CVP-Fraktion vom 14.12.2011:**  
**Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Augenmass und Vernunft sind gerade jetzt wichtig!

Die CVP wird dem vorliegenden Budget 2012 der Stadt Zürich geschlossen zustimmen. Das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2012, welches inkl. Novemberbrief mit einem Ertragsüberschuss von gut 6 Mio. Franken rechnet, stellt ein auf den ersten Blick überaus positives Bild der städtischen Finanzlage dar. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass sich das an sich positive Ergebnis nur dank stark ansteigenden Steuereinnahmen erzielen lässt und nicht durch Einsparungen beim Aufwand.

Die CVP wird daher einige gut begründete Kürzungsanträge welche das Ausgabenwachstum in der Verwaltung abbremsen, unterstützen. Zum grössten Teil aber wird die CVP den Anträgen des Stadtrates folgen. Es ist für uns wichtig, dass die Stadt Zürich als verlässlicher Partner gegenüber Mitarbeitenden und dem Gewerbe auftritt.

Kostenbewusstsein und Weitsicht müssen jedoch die prägenden Begriffe in der Finanzpolitik der Stadt Zürich bleiben und wir fordern den Stadtrat auf, diesen Weg konsequent weiter zu gehen.

Es ist eine Tatsache, dass eine Verwaltung wie die der Stadt Zürich mit einem 8 Milliarden-Haushalt eine Grösse aufweist, wo anfallende Ausgaben nicht immer kritisch hinterfragt werden. Die CVP ist deshalb nach wie vor überzeugt, dass die Rückweisung des letztjährigen Budgets durch den Gemeinderat hier ein gewisses Kostenbewusstsein geschaffen hat. In diesem Sinne müssen teilweise auch die Erhöhungen im Budget 2012 kritisch hinterfragt werden, welche damit begründet werden, man befolge damit die internen Budgetrichtlinien der Stadt. Mögen die Erhöhungen in der Sache vielleicht noch richtig sein, zeigt die unsachliche Begründung doch, dass das geforderte Kostenbewusstsein noch nicht überall in der Verwaltung gelebt wird.

Im vorliegenden Budget liegen verschiedene Anträge für Erhöhungen vor. Die CVP wird auch hier nur sehr wenige und gut begründete Anträge unterstützen. Grundsätzlich vertreten wir jedoch klar den Standpunkt, dass der Stadtrat die hierfür notwendigen finanziellen Mittel bei Vorliegen von konkreten Vorhaben und Projekten rechtzeitig im Gemeinderat beantragen soll und dafür – auch bei der CVP – breite Unterstützung finden wird.

Die CVP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für ihren unermüdlichen Einsatz für die Stadt Zürich. Ebenfalls danken wir der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission für die umfassende und detaillierte Bearbeitung des Budgets 2012.

Die Fraktion der CVP wird sich in der diesjährigen Budgetdebatte bewusst zurückhalten und damit einen Beitrag für eine sachliche und zukunftsorientierte Budgetdebatte leisten. Wir laden die anderen Fraktionen im Gemeinderat ein, ebenfalls dieser Motivation zu folgen und damit eine endlose und teure Budgetdebatte ohne Mehrwert für die Stadt Zürich zu verhindern.

**2101. 2011/490**  
**Erklärung der AL-Fraktion vom 14.12.2011:**  
**Voranschlag (Budget) 2012**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Ein Budget der verpassten Prioritäten

Angesichts der aufziehenden finanzpolitischen Wolken erachtet es die AL als unabdingbar, Schwerpunkte zu setzen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Schwerpunkte, die an erster Stelle dem Alltagsleben zu Gute kommen. Der Stadtrat hat es verpasst, bei der Ausarbeitung des Budgets diese Prioritäten zu setzen.

- Eine verfehlt Prioritätensetzung ist die überdimensionierte Ressourcenzuteilung für Leuchtturmprojekte und Standortmarketing. Zürich ist ein attraktiver Standort. Gefahr droht ihm aber wegen dem im Vergleich mit anderen Boomstädten nach wie vor rückständigen Angebot – zum Beispiel bei den Krippen und Horten. Gutes Aussehen allein ist nicht genug.
- Die Investitionen in die Bildung sind deutlich zu forcieren. Wohin eine zögernde Haltung führt, zeigt das Debakel der Schulraumplanung in Affoltern, die Untätigkeit bei der als verfehlt erkannten Landsicherung für ein Schulhaus in Zürich-West und die neuen, restriktiven Raumvorgaben für Horte.
- Unverständlich für die Leidtragenden ist es, wenn der Stadtrat die vor einem Jahr mit der Budgetrückweisung beim Personal angerichteten Langzeitschäden nicht durch eine grosszügige Lohnerhöhung kompensieren will, umgekehrt aber die Dienstchefs auffordert, in der Verwaltung im Jahr 2011 Eingespartes im Jahr 2012 auf das Budget draufzuschlagen.
- Sondererträge, die aus Landgeschäften resultieren, müssen wir für die Dämpfung des dringendsten Problems unserer Stadt einsetzen: den überkochenden Wohnungsmarkt. Verfehlt ist es deshalb, wenn die budgetierten 30 Millionen an Sondererträgen aus Landgeschäften in Pfingstweidpärken und Sechseläutenplätzen verbaut werden.
- Die finanziellen Mittel für den Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur bereitzustellen – zum Beispiel den Ausbau der Hortkapazitäten auf einem qualitativ guten Standard – ist mittel- und längerfristig nicht nur unumgänglich, sondern ein sinnvoller Mitteleinsatz. Die einseitige Investition in die Sicherheit hingegen ist eine Fehlplanung.

Dass in Zürich der "demokratisch gewählte Sozialismus" realisiert würde, wie das die NZZ am letzten Samstag behauptet hat, ist reine Halluzination. Daran ändern auch die kosmetischen Budgetaufstockungen von SP und Grünen für Schulsozialarbeit, ökologisches Bauen und Entwicklungshilfe nichts.

Weil die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht für das Wesentliche eingesetzt werden, wird die AL – trotz der grossen Sympathie, die wir dem Stadtrat für seine finanzpolitische Absage an die Scharfmacher von SVP und FDP entgegenbringen – dem vom Stadtrat vorgelegten Voranschlag – auch wenn ein Teil unserer Korrekturvorschläge eine Mehrheit finden – nicht zustimmen.

**Persönliche Erklärungen:**

Dr. Martin Mächler (EVP) hält namens der EVP-Parlamentsgruppe eine persönliche Erklärung zum Voranschlag (Budget) 2012.

Patrick Blöchlinger (SD) hält namens der SD-Parlamentsgruppe eine persönliche Erklärung zum Voranschlag (Budget) 2012.

**2094. 2011/345**  
**Weisung vom 21.09.2011:**  
**Voranschlag (Budget) 2012**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung:

**STR Martin Vollenwyder:** *Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, was die Stadt Zürich schon alles erlebt und überlebt hat: In den 90er-Jahren hatten wir eine Situation, die Ende 1998 zu einem Bilanzfehlbetrag von 1,5 Mrd. Franken führte, bei einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von 350 Mio. Franken. Damals kam es zu einem In-*

vestitionsstau, und dies bei einem wesentlich höheren Steuerfuss, als wir ihn heute haben. Im Rahmen der konjunkturellen Entwicklung zu Beginn dieses Jahrtausends konnte der Bilanzfehlbetrag korrigiert werden. Ende 2011 wird das Eigenkapital der Stadt Zürich noch 720 Mio. Franken betragen. Die Rechnung 2011 wird voraussichtlich schwarz sein, trotz den Zusatzkrediten von 50 Mio. Franken. Es sieht demnach gar nicht so schlecht aus. Ende 2015 wird die Stadt Zürich noch ein Eigenkapital von rund 330 Mio. aufweisen. Der Stadtrat hat in den letzten paar Jahren bewiesen, dass er mit dem Geld sorgsam umzugehen weiss. Hatten sich in den 90er-Jahren noch zehn Defizite aneinandergereiht, konnten wir in den letzten zehn Jahren mit immerhin sieben Rechnungen positiv abschliessen. Die Investitionen lagen in den letzten vier Jahren im Schnitt bei 850 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen 2011 werden ungefähr 862 Mio. Franken betragen. In den letzten acht Jahren ist die Stadt Zürich um 27 000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen, was gesamthaft betrachtet als positive Entwicklung bezeichnet werden darf. Besonders erfreulich ist auch die Tatsache, dass heute wesentlich mehr Familien mit Kindern hier wohnen als noch vor zehn Jahren – unser preiswertes Angebot im Bereich Krippen und Horte ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Budget und Rechnung können nie miteinander übereinstimmen. Die Abweichung beträgt 2011 aber nur ungefähr ein Prozent. In Zukunft erwarten uns angesichts der zwei Jahre Verspätung, die wir auf die konjunkturelle Entwicklung haben, grosse Herausforderungen. Die Situation fängt gerade an, sukzessive auf den Arbeitsmarkt durchzuschlagen. Im Finanzplan sind die zu erwartenden Risiken aber bereits abgebildet. Wir sind uns bewusst, dass beim Steuerertrag in den nächsten zwei Jahren kein Zuwachs mehr zu erwarten ist. Die öffentliche Hand verfügt aber über Reserven, die gerade dazu da sind, schwere Zeiten zu überstehen. Ein weiteres Risiko geht von der schwierigen Situation des Kantons aus, die auf die Gemeinden zurückschlagen könnte. Nichtsdestotrotz, die Rechnung 2011 fällt positiv aus.

Eintretensdebatte:

**Monika Erfigen (SVP):** Bevölkerungszuwachs und höhere Ausgaben – diese Rechnung wird langfristig nicht aufgehen. Im Verwaltungsbereich beträgt die Zunahme gegenüber dem Budget 2011 fast 500 Mio. Franken. Gemäss dem Vorwort zum Budget kann eine substanzielle Reduktion des Aufwands nur mittels Überprüfung der Aufgaben der Stadt Zürich erfolgen. Es sei Sache der Politik, die entsprechenden Prioritäten zu setzen. Nun hat letztes Jahr eine bürgerliche Mehrheit genau diese Prioritäten gesetzt und ein ausgeglichenes Budget verlangt. Der Stadtrat hat den Auftrag allerdings nicht ernst genommen. Auch für das kommende Jahr rührt der Stadtrat einmal mehr mit der grossen Kelle an. Die prioritären Legislaturziele, nämlich gesunde Finanzen und die Bildung von Reserven für die Zukunft, sind vergessen. Legislaturziele für schwierige Finanzlagen und für eine steigende Zahl von Sozialfällen existieren auf dem stadträtlichen Wunschzettel überhaupt nicht. Der Stellenausbau in der Stadtverwaltung geht auch nächstes Jahr munter weiter. Es sind wieder mehr als 250 neue Stellen geplant. Der voraussichtliche Personalaufwand von 2,658 Mrd. Franken liegt 171 Mio. Franken über den für das laufende Jahr budgetierten Ausgaben und wird 913 Mio. Franken oder über 52 Prozent über dem Personalaufwand von 2001 liegen. Dass die Wohnbevölkerung in der Stadt Zürich in der gleichen Zeitspanne nicht annähernd um so viel zugenommen hat, bedarf keiner speziellen Erwähnung. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 54,5 Prozent nach wie vor unter dem finanzpolitischen Soll-Wert von 60 bis 70 Prozent. Die Schuldenlast unserer schönen Stadt wird auf rund 9 Mrd. Franken verharren. Die tatsächliche Zinsbelastung des Haushalts wird aber durch die Nettozinslast bestimmt. Diese wird um 18,4 Mio. Franken zunehmen und neu 85,6 Mio. Franken, d. h. jeden Tag rund 235 000 Franken, betragen. Der Haushalt wird dadurch mit 5,5 Steuerprozenten belastet. Den grosszügigen zinslosen Darlehen einerseits und der Restschuld gegenüber der Pen-

sionskasse der Stadt andererseits sei Dank. Angesichts der nach wie vor prekären Situation an den Finanzmärkten und den alles andere als rosigen Aussichten bei den Steuererträgen kann nur eine einschneidende Kurskorrektur erfolgreich sein. Der Forderung nach immer mehr städtischen Leistungen muss ein Riegel geschoben werden.

**Roger Liebi (SVP):** Gemäss dem diesjährigen Bericht der RPK beträgt das Eigenkapital 377 Mio. Franken, einschliesslich die Pensionskasse. Zusammengerechnet mit den kumulierten Defiziten von 395 Mio. Franken, die im Aufgaben- und Finanzplan 2012-2015 genannt werden, führt dies zu einem negativen Ergebnis für das Jahr 2015. Uns stehen tatsächlich schwierige Zeiten bevor. Die Ängste vor der Zukunft kamen in den Fraktionserklärungen zum Ausdruck. Es hat sich gezeigt, dass ausser den Sozialdemokraten und den Grünen keine Partei zufrieden ist mit dem Finanzvorstand. Angesichts der immer bescheidener werdenden Schätzungen des Wirtschaftswachstums einerseits und dem gesteigerten Personalaufwand in der Verwaltung andererseits kommen einem fast die Tränen. Allein beim Personal wurden seit 2003 800 Mio. Franken mehr ausgegeben. Alle Seiten fordern jetzt vom Stadtrat, dieser ewigen Personalsteigerung ein Ende zu setzen. Wir haben die Chance, mit diesem Budget entsprechend vorwärts zu gehen und allenfalls mit Steuersenkungen denjenigen Leuten zu helfen, die nicht in der städtischen Verwaltung arbeiten, aber – im Gegensatz zur Hälfte der städtischen Angestellten – in der Stadt Zürich leben. Es wäre angemessen, die Stadtbevölkerung von der guten Wirtschaft profitieren zu lassen.

**STR Martin Vollenwyder:** Zur Pensionskasse: Würde alles nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2) bewertet, hätten wir ein verdächtig hohes Eigenkapital von ungefähr 6 Mrd. Franken. Zum Personalbestand: Allein angesichts der vielen Rückfragen an das Finanzdepartement ist es eigentlich erstaunlich, dass wir mit so wenig Personal auskommen. Es ist übertrieben, von uns zu verlangen, der Personalzuwachs sei auf 0,01 Stellenprozent genau aufzulisten. Dies wäre nicht verhältnismässig. Zu den zinsfreien Darlehen: Die meisten sind bereits abgeschrieben, weil wir ja gezwungen sind, degressiv 10 Prozent pro Jahr abzuschreiben, was natürlich eigentlich völlig übertrieben ist.

**Samuel Dubno (GLP):** In unserer Fraktionserklärung haben wir aufgezeigt, wie sich die mittelfristige Planung innerhalb von etwas mehr als zwölf Monaten verändert hat. Im Verlauf der Debatte werden Sie feststellen, dass die GLP bei verschiedenen Anträgen nicht so stimmen wird, wie es auf der Budgetfahne vorgesehen ist. Bei verschiedenen Anträgen werden wir von der Enthaltung zur Mehrheit oder Minderheit wechseln, bei anderen Anträgen werden wir umgekehrt von der Mehrheit oder Minderheit in die Enthaltung gehen. Der erste Grund dafür ist, dass wir innerhalb der Fraktion sehr intensiv und lange über einzelne Anträge diskutiert haben und deshalb einzelne Positionen erst letzten Mittwoch definitiv festlegen konnten. Der zweite Grund liegt in den Pauschalanträgen, die wir stellen; grundsätzlich werden wir bei Anträgen auf Konti, bei denen unsere Pauschalkürzungsanträge eine Mehrheit finden werden, in die Enthaltung wechseln, wenn es um die einzelnen Dienstabteilungen geht. Der Stadtrat hat dann nämlich bereits den Auftrag erhalten, solche Kürzungen auf die Dienstabteilungen zu übertragen. Mit unserem Stimmverhalten wollen wir in diesen Fällen weder für grössere Einsparungen eintreten noch Beträge auf einzelne Dienstabteilungen zementieren. Bei den Konti, auf die wir einen Pauschalantrag gestellt haben, die aber im Rat keine Mehrheit finden, werden wir im Verlauf der Debatte aus der Enthaltung herausgehen und einzelne Sparanträge bei einzelnen Dienstabteilungen unterstützen. Von diesem Stimmverhalten werden wir punktuell abweichen, wenn wir einzelne Kürzungen ausdrücklich unterstützen wollen, oder wenn umgekehrt einzelne Sparanträge unverhältnismässig in Dienstabteilungen und auf Konti gestellt werden.

**Florian Utz (SP):** In dieser Budgetdebatte werden alle Parteien so stimmen, wie sie es für richtig halten, sodass wir am Ende ein von einer demokratisch legitimierte Mehrheit beschlossenes Budget haben werden. Bereits der Stadtrat hat der RPK ein gutes Budget vorgelegt, das in der Kommission noch vereinzelt Verbesserungen erfahren hat, nämlich im sozialen und im ökologischen Bereich sowie auch betreffend den Wohnbauartikel und die Städteinitiative. Es ist der SP bewusst, dass diese Verbesserungen nicht gratis sein können. Im Sinn einer finanzpolitischen Verantwortung waren wir deshalb bereit, einzelne Kürzungsanträge andernorts zu stellen und Kürzungsanträge anderer Parteien punktuell mitzutragen. Wir können uns z. B. vorstellen, bei den Druck- und Portokosten zu sparen, indem Dokumente vermehrt per E-Mail verschickt werden. Diese Kürzungen sind für die SP aber kein Selbstzweck; wir tragen sie mit, um dadurch den finanzpolitischen Spielraum zur Durchsetzung wichtiger Verbesserungen im ökologischen und im sozialen Bereich zu gewinnen. So werden wir z. B. die Projektierung von drei neuen Velowegen und einem automatischen Veloparking-System in der Innenstadt sowie 3 Mio. Franken zusätzlich für die ökologische Sanierung von städtischen Liegenschaften beantragen. Wichtig war uns auch, dass die Änderungen am Budget eine klare soziale Handschrift tragen. Es geht uns und der Stadt Zürich gut, deshalb können wir an jene Menschen denken, denen es nicht ganz so gut geht – und die Entwicklungshilfe hoffentlich um 1 Mio. Franken erhöhen.

**Roger Bartholdi (SVP):** Im Budget 2012 wird eine Steigerung des Aufwands um 6 Prozent ausgewiesen. Der Sachaufwand ist gegenüber dem Budget 2003 um 50 Prozent gestiegen. Würde die Wirtschaft im Moment boomen, wäre eine solche Steigerung vielleicht gerechtfertigt. Gemäss Daniel Lampart, Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), sind die Zukunftsprognosen aber nicht gut.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die Gefahr, dass das Budget eines Tages rot wird, besteht. Die Schweizer Konjunktur und Wirtschaft sind zwar relativ stabil, doch wir wissen nicht, was um uns herum passieren wird. Es ist davon auszugehen, dass der Euro weiter unter Druck geraten wird, wovon dann auch die Schweizer Konjunktur betroffen sein wird. Weil die Lage unsicher ist, müssen wir heute für schwierigere Zeiten vorsorgen. Die schwarze Null darf auf keinen Fall zu einem schwarzen Loch werden. Ein bloss ausgeglichenes Budget ist kein Trost; wünschenswert wäre ein Überschuss oder eine Steuersenkung, um weiterhin attraktiv zu bleiben.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Das Aus- und Weiterbildungskonto des Personals soll weiter aufgestockt werden. Das Aus- und Weiterbildungsprogramm ist 157 Seiten dick. Angeboten werden unter anderem zahlreiche esoterische Kurse, wie z. B. «Entscheiden: Lust oder Last?», «Kräfte schöpfen, bevor es brennt», «Ich kann mehr, als ich mir zutraue», «Energiebalance», «Väter zwischen Beruf und Familie» oder «Trauen Sie sich». Angesichts dieser Kursflut ist es gerechtfertigt, den Budgetposten zu kürzen. Wir halten uns dabei an den Betrag aus dem Budget 2011.

**Rebekka Wyler (SP):** Die RPK lehnt Kürzungen nicht grundsätzlich ab. Die Rasenmäheranträge der SVP werden aber von der Mehrheit der RPK abgelehnt. Auf einigen Konti quer über fast alle Dienstabteilungen sollen die Beträge auf die Zahlen des Sparbudgets 2011 zurückgeschnitten werden. Die Anträge der SVP nehmen keine Rücksicht auf

die Situation in den einzelnen Dienstabteilungen. Das einzige Argument für die Kürzung lautet: Im letzten Jahr habe man schliesslich auch nicht mehr Geld zur Verfügung gehabt. Den Antrag auf die Kürzung der Aus- und Weiterbildung lehnt eine Mehrheit der RPK entschieden ab. In vielen Bereichen, wie z. B. im Gesundheitswesen oder bei der Polizei, ist es wichtig, dass das Personal auf dem neuesten Technik- und Wissensstand ist. Natürlich können einige Angebote kritisch hinterfragt werden. Im Grossen und Ganzen sind die Aus- und Weiterbildungen aber nützlich und sinnvoll und stehen im Dienst der Bevölkerung. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag deshalb ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Monika Erfigen (SVP):** Für das Personal der Stadtverwaltung werden für das nächste Jahr 24 382 500 Franken Aus- und Weiterbildungskosten budgetiert. Dies bedeutet jedes Jahr wiederkehrend 1 000 Franken für jeden einzelnen Angestellten und jede einzelne Angestellte. Von der Wichtigkeit der Aus- und Weiterbildung sind wir überzeugt. Sie muss aber gezielt und mit Augenmass erfolgen. Die einzelnen Dienstabteilungen werden mit dem Betrag, der ihnen für das laufende Jahr zur Verfügung steht, sicher auch nächstes Jahr auskommen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Bei diesen fünf Anträgen ist die FDP wegen des Diskussionsmechanismus in der Enthaltung. In den Bereichen, die wir nicht kürzen wollen, wie z. B. im Bereich Aus- und Weiterbildung, werden wir mit dem Stadtrat stimmen. Wo wir aber später eigene und andere Kürzungen unterstützen, bleiben wir in der Enthaltung.

**Walter Angst (AL):** Dieser Antrag ist insofern speziell, als auf dem Konto verschiedene Posten eingestellt sind. Je nach Dienstabteilung kann die Aus- und Weiterbildung eines Polizisten oder aber diejenige einer Buschauffeuse betroffen sein. Vom HR Stadt Zürich (Human Resources Management) haben wir die Auskunft erhalten, die Entwicklung der Aus- und Weiterbildungskosten würde nächstes Jahr überprüft werden. Deshalb scheint es mir verfehlt, den Rasenmäherantrag der SVP zu unterstützen. Auch das Vorhaben der GLP, im Jahr 2012 eine pauschale Kürzung als Auftrag des Stadtrats weiterzugeben, ist nicht sinnvoll. Wir sollten vielmehr die Ergebnisse des HR abwarten. Es ist unbestritten, dass sich das Geld vielleicht sparsamer oder gezielter einsetzen lässt. Die Argumente und Beispiele der SVP schiessen aber am Ziel vorbei.

**Roger Liebi (SVP):** Als es in der Budgetdebatte 2011 um die pauschalen Kürzungen ging, waren die FDP und andere Parteien noch gleicher Meinung wie wir. In der kurzen Zeit, die seither verstrichen ist, dürfte sich der Aus- und Weiterbildungsbedarf der städtischen Angestellten nicht wesentlich verändert haben. Deshalb verstehe ich das Verhalten nun nicht ganz, insbesondere auch nicht, ob die FDP jetzt in der Enthaltung ist oder nicht. Ohne Not dürfte der Überprüfungswille des Finanzvorstands jedenfalls nicht entstanden sein.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Gegen die Aus- und Weiterbildung als Investition in das Human Capital und in die Zukunft ist nichts einzuwenden, solange sie sich in einem vernünftigen Rahmen bewegt. Nicht vergessen sollten wir aber die indirekten Kosten, die durch das wegen der Kurse vom Arbeitsplatz abwesende Personal entstehen. Eine Personalaufstockung könnte die Folge sein. Im Vergleich zum Budget 2011 wurde der Betrag für den Bereich HR um rund 25 Prozent heraufgesetzt. Die Beträge für die Stadtpolizei, die Pflegezentren, das Tiefbauamt, die Stadtreinigung und die Immobilienbewirtschaftung wurden unverständlicherweise verdoppelt. Beim Schulamt ist es sogar noch mehr als eine Verdoppelung. Die Aufstockung ist massiv; eine Kürzung ist gerechtfertigt.

S. -- **3091 0000 Aus- und Weiterbildung Personal**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>001.</b>	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag			Mehrheit
		5'379'500		-5'379'500	Minderheit
					Enthaltung

Begründung: Beträge gemäss Budget 2011  
Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

**Konto 3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals**

Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	40'000	-	5'000	35'000
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	3'000	-	700	2'300
1020	Stadtkanzlei	25'000	-	2'500	22'500
1025	Rechtskonsulent	4'000	-	1'000	3'000
1030	Vormundschaftsbehörde	120'000	-	60'000	60'000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	5'500	-	1'400	4'100
1070	Betreibungsämter	164'000	-	36'900	127'100
1080	Friedensrichterämter	11'500	-	1'100	10'400
1501	Kultur	10'600	-	6'500	4'100
1505	Stadtentwicklung	20'000	-	5'000	15'000
1530	Bevölkerungsamt	161'000	-	44'000	117'000
1560	Statistik Stadt Zürich	30'000	-	30'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	6'000	-	6'000	-
1565	Stadtarchiv	3'500	-	3'500	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	32'700	-	8'200	24'500
2050	Human Resources Management	2'146'800	-	368'800	1'778'000
2052	Optimaler Berufseinstieg	5'600	-	2'300	3'300
2080	Organisation und Informatik	1'095'500	-	96'400	999'100
2500	PD Zentrale Verwaltung	17'500	-	4'400	13'100
2506	Blaue Zonen	15'000	-	3'000	12'000
2520	Stadtpolizei	3'229'700	-	1'140'100	2'089'600
2525	Stadtrichteramt	25'000	-	6'300	18'700
2550	Schutz und Rettung	990'000	-	52'200	937'800
2555	Dienstabteilung Verkehr	55'000	-	10'200	44'800
3000	GUD Zentrale Verwaltung	35'000	-	4'200	30'800
3010	Städtische Gesundheitsdienste	93'600	37'000	58'700	71'900
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	1'552'000	13'000	507'900	1'057'100
3026	Altersheime der Stadt Zürich	625'000	-	141'200	483'800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	99'900	-	21'400	78'500
3500	TED Zentrale Verwaltung	15'000	-	4'500	10'500
3515	Tiefbauamt	844'600	-	278'100	566'500
3535	ERZ, Abwasser	677'500	-	182'300	495'200
3550	ERZ, Abfall	908'500	-	188'300	720'200
3555	ERZ, Fernwärme	207'200	-	63'700	143'500
3560	ERZ, Stadtreinigung	326'500	-	167'000	159'500
4000	HBD Zentrale Verwaltung	90'000	-	22'500	67'500
4015	Amt für Städtebau	105'700	-	26'400	79'300
4020	Amt für Hochbauten	170'000	-	42'500	127'500
4035	Amt für Baubewilligungen	30'000	-	7'500	22'500
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	430'000	-	223'700	206'300
4500	DIB Zentrale Verwaltung	40'000	-	17'500	22'500
4525	Wasserversorgung	196'000	-	16'000	180'000
4540	Verkehrsbetriebe	998'800	-	14'800	984'000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	108'300	-	36'500	71'800
5010	Schulamt	2'595'700	-	1'067'500	1'528'200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	168'000	-	51'700	116'300

5050	Schulgesundheitsdienste	102'000	-	29'300	72'700
5500	SD Zentrale Verwaltung	26'800	-	5'900	20'900
5510	Support Sozialdepartement	208'000	-	24'100	183'900
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	80'000	-	20'000	60'000
5520	Laufbahnenzentrum	140'000	-	20'000	120'000
5550	Soziale Dienste	725'000	-	240'800	484'200
<b>Total Kürzung</b>				<b>5'379'500</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu.

#### Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Monika Erfigen (SVP):** Die Aufwandsteigerung beträgt bei der Personalwerbung gegenüber dem Vorjahresbudget fast 17 Prozent. Die Personalwerbung soll die Stadt Zürich im Jahr 2012 mehr als 7,5 Mio. Franken kosten. Müssten alle 25 000 in der Stadt Zürich tätigen Angestellten nächstes Jahr neu gesucht werden, könnten pro Mitarbeiter 3 000 Franken ausgegeben werden. Es müssen aber bei Weitem nicht alle Angestellten neu gesucht werden, und für die Personalwerbung stehen kostengünstige oder sogar kostenlose Möglichkeiten über das Internet zur Verfügung. Wir sind daher fest davon überzeugt, dass der für das laufende Jahr budgetierte Betrag von 6,5 Mio. Franken mehr als genügend ist, um alle offenen Stellen zufriedenstellend neu besetzen zu können. Wir bitten um Unterstützung für unsere 40 Kürzungsanträge.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK wird später der Kürzung von einer halben Million auf dem Konto 3092 zustimmen. Die Anträge der SVP, die einzig mit den Beträgen gemäss Budget 2011 begründet werden, lehnen wir auch in diesem Fall ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Urs Fehr (SVP):** 6,5 Mio. Franken ist genug Geld. Über das Internet kann heute sehr günstig Personal rekrutiert werden. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unseren Kürzungsanträgen.

**Christoph Spiess (SD):** Wir Schweizer Demokraten unterstützen diesen Antrag. Die im Budget vorgesehene Aufstockung des Betrags ist hoch. Die Krise, von der zurzeit alle reden, gibt es zwar nicht. Trotzdem musste ich vor Kurzem eine halbe kaufmännische Stelle ausschreiben, worauf 99 Bewerbungen eingingen. Der Aufwand dafür war sehr gering. Die Stelle selber war objektiv betrachtet nicht gerade begehrt. Angesichts solcher Erfahrungen bin ich der Meinung, dass Personalwerbung auch mit weniger Geld erfolgreich sein kann. Wir bitten Sie, dieser Kürzung zuzustimmen.



S. --	<b>3092 0000</b>	<b>Personalwerbung</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		670'600		-670'600	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
					Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Beträge gemäss Budget 2011 Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

**Konto 3092 0000 Personalwerbung**

Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Verbesse- rung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	8'000	-	2'000	6'000
1020	Stadtkanzlei	24'000	-	6'000	18'000
1030	Vormundschaftsbehörde	50'000	-	30'000	20'000
1070	Betreibungsämter	36'800	-	4'700	32'100
1080	Friedensrichterämter	700	-	300	400
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	20'000	-	5'000	15'000
1501	Kultur	22'500	-	5'600	16'900
1505	Stadtentwicklung	5'000	-	1'200	3'800
1560	Statistik Stadt Zürich	15'000	-	15'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	2'000	-	2'000	-
1565	Stadtarchiv	8'000	-	8'000	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	3'000	-	800	2'200
2050	Human Resources Management	137'600	-	25'600	112'000
2500	PD Zentrale Verwaltung	1'000	-	200	800
2506	Blaue Zonen	1'500	-	400	1'100
2525	Stadtrichteramt	10'000	-	2'500	7'500
2550	Schutz und Rettung	55'000	-	1'500	53'500
2555	Dienstabteilung Verkehr	10'000	-	2'500	7'500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	23'000	-	11'400	11'600
3010	Städtische Gesundheitsdienste	30'300	3'100	3'500	29'900
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	470'000	1'400	118'900	352'500
3026	Altersheime der Stadt Zürich	198'400	-	48'400	150'000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	32'500	-	5'900	26'600
3500	TED Zentrale Verwaltung	15'000	-	3'700	11'300
3515	Tiefbauamt	280'000	-	92'500	187'500
3535	ERZ, Abwasser	160'000	-	51'200	108'800
3550	ERZ, Abfall	144'000	-	23'200	120'800
3555	ERZ, Fernwärme	21'000	-	3'700	17'300
3560	ERZ, Stadtreinigung	35'000	-	31'200	3'800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	15'000	-	5'000	10'000
4015	Amt für Städtebau	60'000	-	15'000	45'000
4020	Amt für Hochbauten	100'000	-	25'000	75'000
4035	Amt für Baubewilligungen	50'000	-	31'200	18'800
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	200'000	-	50'000	150'000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	10'000	-	2'500	7'500
5010	Schulamt	103'200	-	15'100	88'100
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	11'700	-	4'100	7'600
5050	Schulgesundheitsdienste	6'200	-	800	5'400
5510	Support Sozialdepartement	225'000	-	7'500	217'500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	30'000	-	7'500	22'500
<b>Total Kürzung</b>				<b>670'600</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Kürzung der Temporären Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit um 50 Prozent betrifft nicht das Elektrizitätswerk (ewz), weil dort durchaus höhere Ausgaben nötig sein können. Seit Jahren wird der Betrag für die Öffentlichkeitsarbeit grösser und grösser. Dem sogenannten Monopolkonzern Stadt Zürich muss Einhalt geboten werden. Wenn etwas nicht bei der Stadt in Anspruch genommen wird, handelt es sich schlicht um eine Aufgabe, die die Stadt nicht wahrnehmen muss. Insofern muss die Öffentlichkeitsarbeit nicht in diesem Ausmass gestaltet werden. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserem Kürzungsantrag.

**Rebekka Wyler (SP):** Auch bei diesem Konto stimmt eine Mehrheit der Kommission einer pauschalen Kürzung von einer halben Million Franken zu. Den SVP-Antrag, der alle Beträge auf die Hälfte zusammenstreichen will, lehnen wir aber ab. Die Bevölkerung hat das Recht, über die Angebote und Leistungen der Stadt sowie über die eigenen Rechte und Pflichten informiert zu werden. Die Informationen können nicht grundsätzlich als unnötig und überflüssig bezeichnet werden. Die Mehrheit der RPK unterstützt die Informationsleistungen und empfiehlt deshalb den SVP-Antrag zur Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

**Monika Erfigen (SVP):** Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb zum Beispiel die Verkehrsbetriebe (VBZ) ihr Budget für Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit für das nächste Jahr von 2,5 Mio. Franken auf 5 Mio. Franken verdoppeln müssen. Die VBZ sind ein Monopolbetrieb; die Benutzer des öffentlichen Verkehrs haben keine Auswahlmöglichkeiten. Temporäre Aktionen der VBZ in Öffentlichkeitsarbeit sind überflüssig. Auch die Vormundschaftsbehörde möchte ihre Temporären Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit verdoppeln, was nicht nachvollziehbar ist, da es keine Alternative zu dieser Behörde gibt. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge.

**Mauro Tuena (SVP):** Ich frage mich, was für Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit z. B. die Sozialen Dienste oder der Stadtrat machen müssen. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat dieses Geld nicht etwa für Abstimmungskämpfe einsetzt. Ich bitte namentlich die FDP, sich bei diesem Antrag nicht zu enthalten, sondern mit der Minderheit zu stimmen. Die SVP verlangt übrigens keine Streichung, sondern eine Kürzung.

**Marlène Butz (SP):** In den letzten Wochen ist es leider immer wieder zu Unfällen auf Fussgängerstreifen und Tramschienen gekommen. Die Autos lassen rechts meistens keinen Platz für die Velos, weshalb diese auf das Trottoir ausweichen, was wiederum für die Fussgängerinnen und Fussgänger nicht sehr angenehm ist. Die Verkehrsprävention verfügt heute eher über zu wenig als zu viel Geld. Gerade die SVP, die sich für eine Schulung der Fussgänger ausspricht, sollte eigentlich nicht die Kürzung dieses Postens beantragen.

**Roger Liebi (SVP):** Die Fussgängerlobby sollte ihre Interessen besser in den eigenen Kreisen, bei den Grünen oder bei der Stadträtin Ruth Genner vorbringen. Im Moment werden z. B. die Trottoirs verschmälert, damit mehr Platz für Velofahrerinnen und Velofahrer entsteht. Um dies zu verhindern, ist aber keine Öffentlichkeitsarbeit nötig. Viel nötiger wäre gesunder Menschenverstand für eine gute Politik.

**Mauro Tuena (SVP):** Für die Kürzung der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei spricht z. B. die gescheiterte Kampagne «Fertig Puff!», die sehr teuer und letztlich nutzlos war. Über solche Kampagnen machen sich die Leute nur lustig.

S. --	<b>3107 0000</b>	<b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		4'186'900	-4'186'900	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
				Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Reduktion um 50 % Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

**Konto 3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit**

Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Verbesse- rung	Budget neu
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	5'000	-	2'500	2'500
1015	Stadtrat	12'500	-	6'300	6'200
1020	Stadtkanzlei	10'000	-	5'000	5'000
1030	Vormundschaftsbehörde	25'000	-	12'500	12'500
1080	Friedensrichterämter	4'600	-	2'300	2'300
1505	Stadtentwicklung	60'000	-	30'000	30'000
1530	Bevölkerungsamt	28'000	-	14'000	14'000
1560	Statistik Stadt Zürich	25'000	-	12'500	12'500
2500	PD Zentrale Verwaltung	5'000	-	2'500	2'500
2520	Stadtpolizei	519'000	-	259'500	259'500
2550	Schutz und Rettung	48'000	-	24'000	24'000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	26'000	-	13'000	13'000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	55'400	-	27'700	27'700
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	290'000	-	145'000	145'000
3026	Altersheime der Stadt Zürich	300'000	-	150'000	150'000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	593'500	-	296'800	296'700
3535	ERZ, Abwasser	245'000	-	122'500	122'500
3550	ERZ, Abfall	271'000	-	135'500	135'500
3555	ERZ, Fernwärme	218'000	-	109'000	109'000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	112'000	-	56'000	56'000
4540	Verkehrsbetriebe	5'133'300	-	2'566'700	2'566'600
5000	SSD Zentrale Verwaltung	20'200	-	10'100	10'100
5010	Schulamt	27'500	-	13'800	13'700
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	60'000	-	30'000	30'000
5050	Schulgesundheitsdienste	49'300	-	24'700	24'600
5063	Fachschule viventa	210'000	-	105'000	105'000
5550	Soziale Dienste	20'000	-	10'000	10'000
<b>Total Kürzung</b>				<b>4'186'900</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Monika Erfigen (SVP):** Auch der Budgetposten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter ist in stetigem Wachstum begriffen. Im Budget 2011 reichten noch rund 251 Mio. Franken zur Finanzierung der weniger nötigen als wünschenswerten Dienstleistungen

*Dritter. Fürs nächste Jahr sollen es rund 7 Mio. Franken mehr sein. Es ist vor allem nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund die Dienstabteilung Kultur neu mehr als 6 Mio. Franken zur Verfügung haben soll. Die Kulturinstitute sind mit derart üppigen Subventionen ausgestattet, dass die Kulturschaffenden faktisch zu städtischen Angestellten werden. Die notwendigen Dienstleistungen sind mit dem eigenen Personal und den eigenen Kapazitäten zu bewältigen. Ein Ausgabenwachstum in dieser Dienstabteilung von 1,263 Mio. Franken oder über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für das Statistische Amt. Im laufenden Jahr waren für diese Ausgaben noch keine Mittel vorgesehen oder nötig. Es ist nicht nachvollziehbar, warum nächstes Jahr 650 000 Franken nötig sein sollen. Die geplanten Stichprobenerhöhungen und -befragungen durch den Bund müssen weiterhin mit dem eigenen Personal möglich sein. Dies gilt für alle weiteren aufgeführten Dienstabteilungen. Wir beantragen 26 Kürzungen auf den Budgetstand 2011.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Wie gesagt, stimmt eine Mehrheit der RPK gewissen Kürzungen zu, jedoch sicher nicht im Bereich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Dieser Antrag ist gewerbefeindlich. Viele kleine Auftragnehmer und KMU haben schon dieses Jahr die Auswirkungen des Sparbudgets 2011 gespürt. Die SVP will die Situation nochmals verschärfen und riskiert damit Existenzen – gerade in Anbetracht der aktuellen Konjunktur. In vielen kleinen Betrieben, wie z. B. im Bereich Grafik oder Fotografie, stützen die Aufträge der Stadt dann, wenn andere Aufträge ausbleiben. Die Mehrheit der RPK lehnt diesen Antrag entschieden ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Theo Hauri (SVP):** *Diese Aufträge werden allerdings knapp bezahlt. Man muss scharf rechnen und effizient arbeiten, um am Ende überhaupt noch etwas zu erhalten. Seit Jahrzehnten prangert die SVP-Fraktion das unverantwortliche Ausgabenwachstum der Stadt an und zeigt mit moderaten Sparvorschlägen zumutbare Wege zur Stärkung des Eigenkapitals auf. Angesichts der zunehmend düsteren Wirtschaftsperspektive führt kein Weg an einer gezielten Ausgabenreduktion vorbei. Das Konto Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter erweist sich immer wieder als Fundgrube für allerlei wünschbaren Luxus à discrétion. Es ist bedenklich, wenn im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) für nicht näher definierte Umweltprojekte 80 000 Franken und für die koordiniert-ökologische Beschaffung weitere 20 000 Franken gefordert werden, bis insgesamt 330 000 Franken auf dem Konto eingestellt sind. Ebenso verschwendet wird das Geld im Stadtärztlichen Dienst sowie im Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ). Die Abstriche, die sich aus den von uns vorgeschlagenen Kürzungen ergeben, sind zumutbar. Unter den heute noch einigermaßen günstigen Rahmenbedingungen muss der Stadtrat die dringend notwendigen Einsparungen realisieren. Wer endlich Nägel mit Köpfen machen will, stimmt mit der Minderheit.*

S. --	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
004.	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		7'480'700		-7'480'700	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
					Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Beträge gemäss Budget 2011 Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

**Konto 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	198'000	-	28'000	170'000
1005	Gemeinderat	70'000	-	15'000	55'000
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	18'000	-	2'200	15'800
1015	Stadtrat	17'700	-	4'900	12'800
1030	Vormundschaftsbehörde	1'500'000	-	260'000	1'240'000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	33'000	-	6'000	27'000
1070	Betreibungsämter	801'000	-	78'500	722'500
1080	Friedensrichterämter	25'800	-	2'400	23'400
1501	Kultur	6'183'300	-	1'263'300	4'920'000
1560	Statistik Stadt Zürich	500'000	150'000	650'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	45'000	-	45'000	-
1565	Stadtarchiv	140'000	-	140'000	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	68'000	-	17'000	51'000
2022	Wohnliegenschaften	811'000	-	15'200	795'800
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	377'000	-	25'000	352'000
2027	Gewerbe-Immobilien	1'871'000	-	768'600	1'102'400
2031	Wohnsiedlungen	2'380'000	-	54'900	2'325'100
2050	Human Resources Management	168'000	-	58'300	109'700
2080	Organisation und Informatik	4'629'000	-	550'000	4'079'000
2520	Stadtpolizei	4'176'500	-	264'000	3'912'500
2555	Dienstabteilung Verkehr	1'724'000	-	195'000	1'529'000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	3'381'200	205'300	427'000	3'159'500
3026	Altersheime der Stadt Zürich	1'473'500	-	358'700	1'114'800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	2'406'500	-	336'700	2'069'800
3560	ERZ, Stadtreinigung	3'263'600	-	70'700	3'192'900
4000	HBD Zentrale Verwaltung	155'000	-	55'000	100'000
4020	Amt für Hochbauten	138'300	-	19'300	119'000
4035	Amt für Baubewilligungen	290'000	-	90'000	200'000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	320'000	-	107'500	212'500
4540	Verkehrsbetriebe	27'794'400	-	1'120'000	26'674'400
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	250'000	-	70'000	180'000
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	182'000	-	7'000	175'000
5050	Schulgesundheitsdienste	1'836'500	-	166'500	1'670'000
5063	Fachschule viventa	180'000	-	32'000	148'000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	49'000	-	5'500	43'500
5520	Laufbahnenzentrum	1'421'800	-	171'500	1'250'300
<b>Total Kürzung</b>				<b>7'480'700</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 25 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 96, Protokoll-Nr. 2094/2011).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2102. 2011/479

#### **Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011: Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern, Bildung eines weiteren Schwerpunktes für die Unterstützung und Förderung des lokalen Unternehmertums**

Von Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 12. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern, neben der Unterstützung von Projekten im Bereich Wasser und Bildung ein weiterer Schwerpunkt auf die Unterstützung und Förderung des lokalen Unternehmertums (u.a. Mikrokredite, etc.) innerhalb der Entwicklungsländer gelegt werden kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich wirkt mit Ihrer Entwicklungshilfe nur ergänzend zum Bund und anderen Organisationen. Diese auf einige wenige Aspekte innerhalb des breiten Feldes der Entwicklungszusammenarbeit zu konzentrieren macht daher Sinn, da so in gewisser Weise auch eine Kompetenz aufgebaut werden kann.

Die Förderung lokalen Unternehmertums innerhalb der Entwicklungsländer macht insofern Sinn, als dass unternehmerisches Denken und Handeln immer auch Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet. Unternehmertum schafft Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsstellen und fördert auch die Bildung weiteren Gewerbes. Gerade die Schweiz als klassisches KMU-Land beweist, wie wichtig Selbständigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sein kann.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2103. 2011/480

#### **Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011: Stadtpolizei Zürich, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Anschaffung der Einsatzfahrzeuge KP Front**

Von Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 12. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Anschaffung der Einsatzfahrzeuge KP Front das für deren Einsatzzweck umweltschonendste Fahrzeugmodell ausgewählt werden kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich unterhält eine grössere Flotte an Dienstfahrzeugen. Mit einer konsequenten Umstellung auf eine umweltfreundliche Fahrzeuge wie sie z.B. im VCS unter der Rubrik Auto-Umweltliste in der Kategorie A empfohlen werden, würde sie einen weiteren Beitrag leisten für eine umwelt- und somit menschenfreundliche, sowie lärm- und emissionsärmere Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

**2104. 2011/481**

**Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:  
Tiefbauamt, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der  
Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen**

Von Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 12. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen für das Tiefbauamt das für deren Einsatzzweck umweltschonendste Fahrzeugmodell ausgewählt werden kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich unterhält eine grössere Flotte an Dienstfahrzeugen. Mit einer konsequenten Umstellung auf eine umweltfreundliche Fahrzeuge wie sie z.B. im VCS unter der Rubrik Auto-Umweltliste in der Kategorie A empfohlen werden, würde sie einen weiteren Beitrag leisten für eine umwelt- und somit menschenfreundlichere, sowie lärm- und emissionsärmere Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

**2105. 2011/482**

**Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:  
ERZ, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der  
Ersatzbeschaffung der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung**

Von Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 12. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Ersatzbeschaffung sowie beim Ersatz der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung für ERZ das für deren Einsatzzweck umweltschonendste Fahrzeugmodell (z.B. Gasbetrieb mit 100% Kompogas, EEV-Motoren) usw. ausgewählt werden kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich unterhält eine grössere Flotte an Dienstfahrzeugen. Mit einer konsequenten Umstellung auf eine umweltfreundliche Fahrzeuge wie sie z.B. im VCS unter der Rubrik Auto-Umweltliste in der Kategorie A empfohlen werden, würde sie einen weiteren Beitrag leisten für eine umwelt- und somit menschenfreundlichere, sowie lärm- und emissionsärmere Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

**2106. 2011/483**

**Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:  
Verzicht auf die Kürzung der Ausbildungszulagen für die Kitas**

Von Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 12. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die Kürzung der Ausbildungszulagen für Kitas verzichten kann.

Begründung:

Die Nachfrage nach ausgebildetem Personal steigt kontinuierlich, da es von Jahr zu Jahr mehr Kitas gibt. Um die Nachfrage nach genügend Ausbildungsplätzen decken zu können, braucht es Anreize, damit Kitas auch in Zukunft in der Stadt Zürich mehr Lehrstellen schaffen, anstatt nur Praktikumsplätze zu besetzen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die fünf Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzungen gesetzt.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnismnahmen vor.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2011, 17 Uhr.